

Beschluss:

Im Rahmen der programmatischen Neuorientierung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist folgende Grundausrichtung bei der Erstellung eines neuen Grundsatzprogramms zu beachten:

Die Wirtschaft muss für die Menschen da sein, die Menschen sind nicht für die Wirtschaft da. Unter diesem Leitsatz muss die Arbeitswelt neu organisiert werden. Für die Arbeitsverhältnisse muss dies bedeuten, dass befristete Arbeitsverträge die Ausnahme sind. Sachgrundlose Befristungen darf es nicht geben, Gründe für eine Befristung müssen einer Überprüfung zugänglich sein. Vollzeitbeschäftigte müssen mit ihrem Lohn ein zufriedenstellendes Leben führen können, der Mindestlohn ist dementsprechend anzuheben und jeweils gemäß den ökonomischen Veränderungen anzupassen. Über die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen muss der Tendenz entgegengewirkt werden, dass außerhalb von Tarifverträgen die Löhne in Richtung Mindestlohn gedrückt werden. Die Mitbestimmungsrechte innerhalb der Betriebe müssen ausgebaut und gestärkt werden. Die Arbeitswelt muss der Tatsache Rechnung tragen, dass die Beschäftigten auch Verantwortung für ihre Familien haben.

Dort, wo öffentliche Gelder fließen, z.B. bei der Vergabe öffentlicher Aufträge, muss der Tariflohn gezahlt werden. Das Vergaberecht ist dahingehend zu reformieren, dass nur die Unternehmen einen öffentlichen Auftrag bekommen, wenn sie nachweislich tarifgebunden sind und auch die Mitarbeiter nach Tarifvertrag bezahlen.

Überweisen an

Material an den SPD-Parteivorstand